



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Glaser, Heinrich: Fürstliche Gegner Bismarcks im Kampf um den Krieg
1866 an der Hand von teilweise unveröffentlichten politischen
Korrespondenzen dargestellt

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



fürstliche Gegner Bismarcks

im Kampf um den Krieg 1866

an der Hand von teilweise unveröffentlichten politischen Korrespondenzen dargestellt

Von Dr. Heinrich Glaser in Weimar



n der nationalen Entrüstung, die anlässlich der Marokkoverhandlungen im Sommer 1911 ausgelöst wurde, tauchten historische Parallelen auf: die Zeit vor Olmütz im Jahre 1850 und vor dem Ausbruch des Krieges 1870. In beiden Fällen anmaßende auswärtige Minister; dort der Österreicher Schwarzenberg, der mit Krieg drohte, wenn Preußen nicht auf seine Unionsbestrebungen in Deutschland verzichte. Hier Gramont mit seinem Auftreten gegen die Hohenzollernkandidatur und mit der Forderung, daß sie nie wieder aufleben dürfe. Aber wie verschieden die Wirkung. Dort schwächliches Nachgeben, der Gang nach Olmütz und Verzicht auf die preußische Vorherrschaft in Norddeutschland. Hier die rücksichtslose Entfackung des furor teutonicus und Krieg.

Die Schlußfolgerung liegt nahe; aber sie ist übereilt, weil bei dem Vergleich vergessen ist, daß derselbe Bismarck, der auf Gramonts Unverschämtheiten mit der gepanzerten Faust antwortete, den Gang nach Olmütz und damit die Unterwerfung unter die diktatorische Bevormundung Österreichs gebilligt hat.

Gerade der Stimmung gegenüber, die durch den Abschluß des Marokkohaftels ausgelöst wurde, ist es nicht ohne Interesse auf die Gedanken hinzuweisen, die Bismarck in einer am 3. Dezember 1850 gehaltenen Rede ausgesprochen hat: „die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. Zeigen Sie mir also, meine Herren, ein des Krieges würdiges Ziel, und ich will Ihnen beistimmen. Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten und es dem Musketier, der auf

dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.“ Also aus realpolitischen Gründen verwarf Bismarck damals den Krieg. War die Lage günstig und standen wirklich große nationale Fragen auf dem Spiel, da griff er rücksichtslos durch, so 1870 und mehr noch 1866. Gerade diesen Krieg hat Bismarck bewußt langer Hand vorbereitet und allen Widerständen zum Trotz herbeigeführt.

Die Notwendigkeit des Krieges von 1866 ergab sich für Bismarck, so erzählt er selbst, während seiner Frankfurter Wirksamkeit als Gesandter am Bundestag. Damals zerrannen seine jugendlichen Illusionen von einer Harmonisierung der deutschen Verhältnisse auf Grund preussisch-österreichischer Freundschaft. Schon damals erkannte er, daß der gordische Knoten deutscher Zustände sich nicht in Liebe lösen ließ, sondern militärisch durchhauen werden mußte. Den Gegensatz anders als durch Krieg zu beseitigen, schien ihm eine mathematische Unmöglichkeit.

Nachdem sich Bismarck klar geworden war, daß zur Erringung der preussischen Vormachtstellung in Norddeutschland ein Krieg mit Österreich unerläßlich sei, arbeitete er mit zäher Beharrlichkeit an seiner Vorbereitung. Er richtete sein Augenmerk besonders darauf, die auswärtige Lage für seine Pläne günstig zu gestalten und die inneren Hemmnisse zu beseitigen.

Im Interesse des ersten Zieles setzte er sich bald nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten mit den ungarischen Emigranten, den Todfeinden der habsburgischen Monarchie, in Verbindung. Und bald begannen auch seine engen Beziehungen zu Napoleon dem Dritten.

In mehreren persönlichen Besprechungen gelingt es ihm, Napoleon für seinen Plan, Österreich aus Deutschland auszuschalten und Norddeutschland unter Preußens Führung zu einigen, zu gewinnen. Napoleon war es, der Italien zum Abschluß mit Preußen drängte, weil sonst nach Bismarcks Versicherung der König für einen Krieg nicht zu haben sei. Es unterliegt wohl kaum noch einem Zweifel, daß Bismarck sich diese weitgehende Unterstützung Napoleons durch die Zusage gewann, den französischen Absichten auf Belgien nicht entgegenzutreten.

Aber dadurch, daß er der französischen Begehrlichkeit nach diesem Lande Förderung verhielt, lenkte er zugleich das englische politische Interesse von der bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung in Mitteleuropa ab und erregte in London starkes Mißtrauen gegen die französischen Bestrebungen. So findet der wiederholte Versuch des Herzogs von Coburg, England zur Intervention im Interesse des Friedens zu veranlassen, entschiedene Ablehnung. Charakteristisch für den Erfolg der Bismarckschen Politik im Hinblick auf die Stellung der Westmächte ist folgendes Chiffretelegramm, das mehrere Wochen vor Beginn des Krieges in Coburg einlief: „Deinen Brief vom 11. (Mai) erhalten. Die

Gefahr ist nicht unterschätzt worden; alles ist geschehen, was möglich war. Frankreich aber wollte durchaus nicht, und allein können wir nichts tun, und überhaupt will das hiesige Gouvernement nicht in einen Krieg hineingezogen werden. Victoria-London.“

Die russische wohlwollende Neutralität war durch das Verhalten der preußischen Regierung dem polnischen Aufstand 1863 gegenüber unbedingt sicher.

Ungleich schwieriger war es für Bismarck, die Hemmnisse zu beseitigen, die sich im Innern Preußens und Deutschlands der Ausführung seiner Pläne entgegensetzten. Es ist Bismarck wirklich nicht leicht geworden, die Deutschen seiner Zeit, die in Sentimentalität und Phrasen zu zerfließen drohten, aus ihren Träumen zu reißen und an seine waffenklirrende, von staatlichem Egoismus beseelte Politik zu gewöhnen. Einen Vorgesmack der Schwierigkeiten, die ihm bei der Durchführung seiner realpolitischen Ziele bevorstanden, erhielt er bei dem ersten Ministerrat nach dem Tode des dänischen Königs Friedrich des Siebenten. Als er während der Sitzung den König kurz und schlicht aufforderte, dem Beispiel seiner Vorfahren zu folgen und durch die Erwerbung der Herzogtümer Schleswig-Holstein das Wachstum Preußens zu fördern, wies der König nach der Sitzung den Protokollführer an, diese Auslassungen nicht in dem amtlichen Protokoll anzuführen. „S. M. schien geglaubt zu haben,“ schreibt Bismarck, „daß ich unter den bacchischen Eindrücken eines Frühstücks gesprochen hätte und froh sein würde, nichts weiter davon zu hören. Der Kronprinz hatte, während ich sprach, die Hände zum Himmel erhoben, als wenn er an meinen gesunden Sinnen zweifelte . . .“

Als Bismarck gar den Krieg mit Österreich als politische Notwendigkeit forderte, stieß er auf den stärksten Widerstand. Gegen sich hatte er die überwiegende Majorität des preußischen Volkes, soweit sie in der Stimmung der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zum Ausdruck kam. Nicht einmal alle konservativen Vertreter, deren Zahl so weit zurückgegangen war, daß sie, wie der Berliner Witz feststellte, in einem Omnibus zum Dönhofsplatz fahren konnten, standen auf seiner Seite. Eine Gruppe konservativer Abgeordneter sah in der engen Verbindung mit dem konservativen Österreich das einzige Mittel, dem revolutionären Übersäumen der nationalen Volksbewegung wirkungsvoll Halt zu gebieten. Und der König selbst stand diesem Gedankengang nicht fern, zumal wenn in ihm die Erinnerung an die Waffenbrüderschaft mit Österreich zur Zeit der Befreiungskriege geweckt wurde.

Aber warum fand Bismarck mit seinem politischen Streben keinen Anklang bei der nationalen Partei? Einigung Deutschlands unter Ausschluß Österreichs war doch eines ihrer Ideale. Daß er erst Norddeutschland zusammenschließen wollte, konnte man doch als Etappe zum Ziele gelten lassen. Nun in der liberalen Volksbewegung, die Anfang der sechziger Jahre im Nationalverein verkörpert war, lebte noch die Erinnerung an das Programm der Gotha'schen Partei, das eine Einigung Deutschlands mit Ausschluß Österreichs unter

Preußens Führung als erstrebenswertes Ziel enthielt; aber ihre Führer legten keineswegs den Nachdruck auf die Vergrößerung der preußischen Machtstellung. Sie sahen in der liberalen Organisation Deutschlands, in der Schaffung eines Reichstages, von Reichsministerien und anderen liberalen Einrichtungen das Hauptziel. Vor allem aber waren sie überzeugt, daß, wenn sich in Preußen der Liberalismus durchgesetzt hätte, auch das übrige Deutschland allein schon durch die alles fortreibende Macht der Ideen und der Volksbewegung zum Anschluß an die neu zu begründende Reichseinheit gezwungen werden würde. Trotz der üblen Erfahrungen des Jahres 1848 glaubte man an die Möglichkeit dieser akademischen Lösung der deutschen Frage und verabscheute jeden Versuch einer kriegerischen Auseinandersetzung.

Gerade im Interesse der deutschen Einheit hielt man darum den Sturz des konservativen Regiments in Preußen, den Sturz Bismarcks für unbedingt notwendig. In seinen kriegerischen Absichten sah man nur eine mutwillige Störung der in so gutem Fluß befindlichen nationalen Bewegung; ihn selbst faßte man als Spieler auf, der alles auf eine Karte, auf den Krieg setzte, um über die inneren Schwierigkeiten hinweg zu kommen.

Der Kronprinz von Preußen befand sich völlig im Banne dieser Gedankengänge. Im Hinblick auf die Bismarckschen Bestrebungen äußerte er: „Diejenigen, welche den König, meinen allergnädigsten Herrn, auf solche Wege führen, betrachte ich als die allergefährlichsten Ratgeber für Krone und Vaterland.“ „Tollkühnheit und Frivolität“ sah er in Bismarcks Verhalten. Und aus seiner Auffassung, daß nur durch ein den Forderungen der Zeit gemäßes, entschieden liberales Regiment im Innern die Herrschaft Preußens in Deutschland hergestellt werden könnte, machte der Kronprinz auch Fernerstehenden gegenüber kein Hehl.

Die Anschauungen seiner Verwandten in Coburg und Karlsruhe und die seines Freundes, des Herzogs von Augustenburg, bewegten sich auf derselben Linie. Sie betonten, daß Annexionen in Norddeutschland die deutschen Fürsten mit dem höchsten Mißtrauen gegen die preußische Politik erfüllen und die Intervention des Auslandes im Gefolge haben müßten. Schließlich arbeitete die Königin Victoria in ihrer temperamentvollen Weise gegen den abscheulichen Menschen, wie sie Bismarck in einem ihrer Privatbriefe nannte.

Von allen Seiten wurde so der Versuch gemacht und immer wieder erneuert, die Friedensliebe des Königs und seine politische Vorliebe für Österreich gegen den Minister aufzurufen.

Bei diesem Kampf um den König hatte Bismarck nur wenige Getreue zur Seite. Roon, den Kriegsminister, in erster Linie, dann besonders Gustav von Moensleben, den Generaladjutanten, der sich später im Kriege 1870 als Kommandeur des vierten Armeekorps bei Beaumont auszeichnete. So mußte Bismarck seine ganze staatsmännische Kunst, zuweilen gepaart mit seinem rücksichtslosen Zorn und seiner vulkanischen Leidenschaft, ins Feld führen, um den König bewußt oder unbewußt für den Dienst an der nationalen Sache zu

gewinnen. Wenn man die kühle diplomatische Geschichtsschreibung Sybels liest, ahnt man nicht, mit welcher Leidenschaft die sich gegenüberstehenden Parteien um den entscheidenden Einfluß auf den König rangen.

Benedetti gegenüber hat Bismarck in dieser Zeit die Äußerung getan: Der König ist so geartet, daß man, um ihn zur Einforderung eines Rechts zu bestimmen, beweisen muß, daß andere es ihm bestreiten. Aber wenn er überzeugt ist, daß man seine Autorität mißachtet, daß man ihren Gebrauch einzuschränken wagt, so kann man energische Beschlüsse vorschlagen, ohne die Besorgnis, er werde sie ablehnen.

Aus dieser Erkenntnis heraus wird Bismarck nicht müde, das Rechtsempfinden des Königs als seinen besten Bundesgenossen wachzurufen. Es war ihm schon gelungen, die ursprüngliche Sympathie des Königs für den Herzog von Augustenburg dadurch in das Gegenteil zu verkehren, daß er immer wieder die Frage erörterte: Darf der Erbprinz von Augustenburg in Kiel Wohnsitz nehmen, sich mit einer Regierung umgeben, sich als Herzog von Schleswig-Holstein huldigen lassen, obwohl der Wiener Friede und der Gasteiner Vertrag den Herrschern von Preußen und Österreich den souveränen Besitz der Herzogtümer zugesprochen haben? Ist es nicht ein unerhörter Eingriff in die verbrieften Rechte des Königs von Preußen? Besonders beeinflusste er damals den König durch den Nachweis, daß der Herzog in engster Verbindung mit der deutschen Bewegungspartei stände und von ihr, die durchaus in den Ideen des Jahres 1848 wurzele, Durchsetzung seiner Ansprüche erwarte. Bismarck selbst hat diese nationale Bewegung nicht eben hoch eingeschätzt. Er bezeichnete ihre Führer als Schwärzer und Schwindler, sprach von Bierhaus-Enthusiasmus und erwartete von ihr im Ernstfall keinen Schutz und wenig Groschen. Anders der König. Er war davon überzeugt, daß die demokratische Partei absichtlich oder unwillkürlich Anarchie und Königsmord herbeiführe. Diese pessimistische Auffassung war aus seinen Erlebnissen und Eindrücken im Jahre 1848 entsprungen. Es war ja für ihn die schmerzlichste Erinnerung seines Lebens, daß er sich im März 1848 in der Kleidung eines Dieners den seitens des Pöbels drohenden Mißhandlungen hatte entziehen müssen.

Bei diesem Gedankengang des Königs war es Bismarck höchst willkommen, daß die österreichische Regierung, bald nachdem Graf Mensdorff Ministerpräsident geworden war, den Herzog von Augustenburg als ihren Kandidaten für die Herzogtümer feierlich proklamierte. Denn nun konnte Bismarck die in ihrer Wirkung schon erprobten Vorhaltungen wiederholen, besonders als der österreichische Statthalter Versammlungen und Umtriebe zugunsten des Herzogs ruhig gewähren ließ. Bereits am 26. Januar 1866 beklagte sich eine preußische Note darüber, daß die österreichische Regierung in den Herzogtümern Mittel der Aufwiegelung gegen Preußen in Bewegung setzte. Das war die Tonart, die beim König auf besonderes Verständnis stieß: Österreich, seither der Hort der Legitimität, jetzt der Feind feierlich abgeschlossener Verträge!

So brachte es Bismarck nach heißem Bemühen und zuweilen erst nach drastisch einseitiger Auslegung des Vorgehens und der Pläne der österreichischen Regierung dahin, daß der König glaubte, Österreich wage, sein Erbe an Macht und Recht anzutasten, und er sei genötigt, zu seiner Verteidigung das Schwert zu ziehen.

Die rücksichtslos subjektive Färbung der politischen Absichten des Gegners und der Erfolg, der nur zu bald zutage trat, erhöhte die leidenschaftliche Entzündung seiner politischen Widersacher und verdoppelte ihre Anstrengungen, den Ministerpräsidenten, von dessen Einfluß auf den König man nicht bloß den unheilvollsten aller Kriege, sondern eine Katastrophe für den Staat und die Monarchie befürchtete, zu stürzen.

An der Hand politischer Korrespondenzen, die in wichtigen Teilen unveröffentlichtes Material enthalten, soll die gefährlichste Intrige, die den Sturz Bismarcks bezweckte, in ihrem Verlauf dargestellt werden. Teilnehmer sind der Herzog Ernst der Zweite, der österreichische Ministerpräsident Graf Mensdorff, ein Vetter des Herzogs von Koburg und der Königin von England, der Kronprinz Friedrich Wilhelm und die Königin Augusta.

Am 22. März 1866 übergab der Adjutant des Herzogs von Koburg in Berlin zwei Schreiben: ein Geburtstagschreiben an König Wilhelm und einen Brief an den Kronprinzen von Preußen. Beide Schreiben verfolgen das Ziel, den gefährdeten Frieden zu erhalten.

Herzog Ernst der Zweite an König Wilhelm.

Gotha, 21. März 66.

Allernädigster König.

Ich kann nicht umhin, dem Drange meines Herzens zu folgen, Dir für den festlichen Tag meine ebenso herzlich als wohlgemeinten Glückwünsche zu Füßen zu legen und Dir meine Freude auszusprechen, daß Du sowohl in körperlicher als geistiger Kraft allen den sonst bei viel Jüngeren sich fühlbar machenden Einflüssen der Jahre so glücklich die Spitze bietest. — Ein jedes neue Jahr, das man betritt, soll seinen Charakter an der Stirn tragen. Unser aller sehnlichster Wunsch liegt diesmal in dem einen Wörtchen „Friede“. Möchtest Du in Deinem neuen Lebensjahr zur Freude Deutschlands und zur Beruhigung ganz Europas dieses so schwer bedrohte und doch so kostbare Gut uns zu erhalten wissen!

Wir, die wir Dich kennen und die wir so eklatante Proben von Deinem persönlichen Gerechtigkeitsfönn und Deiner kaltblütigen Enthaltfamkeit haben, wenn es darauf ankam, die Verherrlichung Preußens auf Kosten Deiner Bundesbrüder zu suchen, sind fest überzeugt, daß Du allen Verlockungen und allem Drängen, es zum Zweck der Vergrößerung Preußens durch ein deutsches Erbland bis zum Bruderkrieg kommen zu lassen, widerstehen wirst. Noch sind alle Deiner Worte und Deines Handgelübdes in Baden eingedenk, wofür sie Dich damals gesegnet haben. Wie soll es möglich sein, daß Du dahin gelangen könntest,

vielleicht schon in kurzem das friedliche Deutschland in ein Schlachtfeld zu verwandeln.

Wir sind uns vollkommen klar darüber, daß mit dem ersten vergossenen Tropfen Bruderblutes die Kriegsfurien in all ihrer alten Leidenschaft entfesselt sein werden und daß es dann in keines Macht und Willen mehr liegt, sie in Grenzen zu bannen und die unausbleibliche Einmischung des Auslandes auszuschließen.

Und wie sollte solch ein Krieg enden?

Doch das sind alles wenig festliche Betrachtungen, die mir wie Schatten über die Freude des feierlichen Tages hinwegflogen. Mögen sie zerfließen vor dem Glanze Deiner Gerechtigkeit!

In dieser Hoffnung lasse mich die wärmsten Glückwünsche wiederholen, mit denen ich in aufrichtiger Verehrung bin, allergnädigster König,

Dein treu ergebener Freund und Diener

Ernst.

Konzept.

Ernst der Zweite an Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen.

Gotha, 21. März 66.

Lieber Fritz.

Ich schicke Dir Schleinitz mit einem Gratulationsbrief an den König und habe darin zugleich meine großen Bedenken ausgesprochen über die Wege, die man zu tun im Begriff scheint. — Du kannst Dir meine Ansichten über einen Bruderkrieg denken, und wie wenig ich in Eurem eigenen Interesse wünschen kann, Preußen in Deutschland durch das Schwert vergrößert zu sehen. Welche Gefahren laufen wir nicht und lauft Ihr nicht selbst. — Ich beauftragte Schleinitz mit mündlichen Äußerungen, da man schriftlich ein mémoire füllen könnte; hoffentlich bringt er günstigere Nachrichten. Sollte es wirklich zum äußersten kommen, so müßte ich schon wegen der eigenen Stellung nach Berlin eilen. Jetzt halte ich es wirklich für schädlich . . .

Ernst.

Die Antwort des Königs*) lautet wie folgt:

König Wilhelm an Herzog Ernst.

Berlin, 26. März 1866.

Empfange meinen besten Dank für Deine freundlichen Wünsche zum 22. Gewiß, ich kann es dem Himmel nicht genug danken, daß, da er mich einmal dies hohe Alter erreichen lassen will, er mir auch die geistigen und körperlichen Kräfte noch erhält — mich nicht zum Kinderspott werden ließ! Doch wie lange dies so gehen wird, weiß auch der Himmel nur allein.

*) Tempelhey, Herzog Ernst von Koburg und das Jahr 1866. S. 19 ff.

Sehr recht hast Du, mein neu betretenes Jahr als unter trüben Auspizien sich darstellend zu bezeichnen. Was in meinen Kräften steht, den Frieden zu erhalten, wird wahrhaftig geschehen, so lange es meines Landes Ehre möglich macht. Wenn Österreich aber nicht aufhört, nicht nur in den Herzogtümern, sondern in ganz Europa und weiter, diese meine Ehre auf die insultierendste Weise anzugreifen . . ., um Preußen überall verhaßt zu machen, dann ist meine Geduld zu Ende. Gastein ist aus dem Gefühl hervorgegangen, daß der Halbhüberschen Mißregierung ein Ende gemacht werden müsse, um in Frieden nebeneinander in den Herzogtümern bestehen zu können. Raum aber waren zwei Monate vergangen, als die Mißregierung in erhöhtem und stets steigendem Grade wieder eintrat. Meine gerechtesten Beschwerden im Januar wurden unter dem 7. Februar auf eine für mich verletzende Art zurückgewiesen. Seitdem sprechen nur die Zeitungen in gegenseitig vehementer Sprache. Seit vierzehn Tagen rüstet Österreich und konzentriert Truppenmassen, die schlesischen Grenzen umspinnend, und dennoch habe ich bis heute nicht einen Mann gerührt, Beweises genug, daß ich nicht der Provokierende bin. Die Zukunft der Herzogtümer ist in Gastein der Zukunftsvereinbarung von neuem vorbehalten worden. Die Zeit bis dahin aber durch Insulten und Invektiven zu benutzen, um jede Sympathie mir zu rauben, ist illoyal und ungerecht. Will Österreich den Krieg, so werde ich ihm nicht ausweichen! Alle mit demselben verbundenen Gefahren sehe ich gerade so an, wie Du. Wer mit mir gehet, wird nie etwas von Preußen zu besorgen haben, trotz dem seit einundfünfzig Jahren bestehenden cauchemar, daß Preußens drei Könige nur auf die Annexion seiner deutschen Nachbarn ausgehn!! Wenn auch eine Bundesreform namentlich für Norddeutschland nötig scheint, wozu Du das erste Beispiel und den ersten Schritt getan hast, so ist dies niemals Annexion. Wie ich in Baden an Gurer Aller Spitze vereint mit Euch stand, so stehe ich auch heute noch, wenn die Rivalität Österreichs sich endlich in die bundesfreundliche Anerkennung Preußens, als ebenbürtiger Macht, umgestaltete. Dies glaubte ich 1864 nach dem Friedensschluß erreicht; die ein- einhalb Jahre beweisen aber, daß dem nicht so ist! Wäre es der Fall gewesen, so stündet Ihr Alle hinter uns! Warum standet Ihr nicht so, als 1864 Preußen und Österreich zusammenstanden? Das vermeintliche Recht der Augustenburger machte viele von Euch zu unseren Gegnern; jenes Recht ist nur auf einzelne Landesteile erweislich möglich, nicht auf die Gesamtherzogtümer; der Spruch meiner Kronsyndici ist für mich das Entscheidende. Daneben steht die öffentliche Meinung und das Verlangen meines Landes, das in der Annexion der Herzogtümer Ersatz für geopfertes Gut und Blut sieht, — Preußens und Deutschlands Interessen sind identisch bei dem Besitz jener Länder durch ersteres. Warum also Krieg?? — Da hast Du in wenig Worten mein Glaubensbekenntnis über die momentane politische Lage! Gott wird weiter seinen Willen erblicken lassen!

Dein ergebener Freund und Vetter Wilhelm.

Zugleich mit dem königlichen Schreiben überbrachte Schleinitz einen Brief des Kronprinzen von tief pessimistischem Inhalt.

Kronprinz Friedrich Wilhelm an Herzog Ernst den Zweiten*).

Berlin, den 26. März 1866.

Mein lieber Onkel.

Bestens für Deinen Brief dankend, benutze ich gleichfalls Schleinitz, um Dir, wenn auch nur allgemein gehalten, zu sagen, daß ich namenlose Pein in diesen Tagen ausstehe.

Bruderkrieg ist das nämliche Wort, welches ich gebrauche, um auszusprechen, wie ich Bismarcks Entschluß: den Krieg mit Österreich uns aufzuerlegen, ansehe. Noch stehen die Dinge wohl nicht zum Äußersten, bei Bismarcks Talent aber, die Dinge also zu färben, wie er sie angesehen haben will, muß ich befürchten, daß er dem König so zusetzen wird, daß wir wirklich das Unerhörte erleben werden.

Der König ist entschieden nicht kriegslustig, vielmehr sich vollkommen der ungeheueren Verantwortlichkeit bewußt, die er übernimmt, wenn er solch einen Krieg beginnt. Aber er ist gereizt durch Österreichs Auftreten sowohl im Holsteinschen wie auch in der Presse; diese zwei Punkte werden natürlich geflissentlich und geschickt benutzt, um beständig neue Reizmittel abzugeben. Und nun vollends in Böhmen und Galizien Truppenbewegungen stattfinden, wird dieser Umstand erst recht Öl ins Feuer gießen. Bismarck ignoriert mich vollständig. Seit dem Herbstmanöver in Sachsen hat er für gut befunden, mir bis heute faktisch nicht eine Silbe über die brennende Frage zukommen zu lassen. Ich natürlich erwidere sein Benehmen, was mir wenigstens den Vorteil gewährt, mich unbesangen äußern zu können. Ich erfahre mitunter durch den König den augenblicklichen Stand der Dinge und spreche mit ihm offen. Sonst erfahre ich nur das, was jeder auf der Straße vernehmen kann.

Unerklärlich bleibt mir Bismarcks Tollkühnheit, einen deutschen Krieg in deutschen Landen gegen die Sympathie des engeren wie des weiteren Vaterlandes zu unternehmen, zumal nichts in der Welt dem Kaiser Napoleon willkommener sein kann, wie die sichere Aussicht, in Deutschland den Friedensstifter alsdann spielen zu können.

Man stützt sich aber hier auf die günstige Lage des Augenblicks (?), auf die noch einige Jahre vorwaltende Überlegenheit der preussischen gezogenen Feuerwaffen und meint, Italien werde auch losgehen, wenn wir es tun.

Des Pudels Kern ist: Bismarck hat des Königs ursprüngliche absolutistische Gesinnung mit der Gegenwart in eine Scheinverträglichkeit zu bringen verstanden, wobei er nebst seinen Ministerkollegen von Konflikt zu Konflikt mit dem Lande sich tiefer in die Unhaltbarkeit seines Systems hineingeritten hat.

*) Tempelhey S. 23 ff. hat nur einen Auszug. Gerade charakteristische Stellen fehlen.

Jetzt soll der Krieg ihm heraushelfen; weil einmal er glaubt, dann und in Folge der erwarteten Siege das Land auf seine Seite treten zu sehen, ferner aber weil er auf den (so!) Chaos rechnet, der aus jenem Kriege entstehen wird, um denselben zugunsten Preußens auszubenten.

Wenn wir aber nicht gleich siegen, wenn die Nachbarn sich gegen uns erklären — was dann? Das ist das Schauerliche, das ebenso möglich ist, wie die Erfolge, auf die man hier so sehr zuversichtlich rechnet.

Mit gebundenen Händen überantworten wir uns einem blinden Schicksal! Ich werde meinerseits nichts unversucht lassen, um dem Unheil zu begegnen, abzuwehren, zu warnen, zu verhindern! Du weißt aber, wie wenig ich vermag!

Der Tante küssen Dich und ich die Hand, und mit tausend herzlichen Grüßen der ersteren an Dich, wie immer, mein teurer, lieber Onkel,

Dein

treuergebener

Neffe und Freund

Friedrich Wilhelm.

Mehr noch als das Schreiben des Kronprinzen bewies dem Herzog die Antwort des Königs, daß Bismarck im Begriffe stand, sein heißersehntes Ziel zu erreichen. Denn auch die Stimmen der nächsten Angehörigen des Königs hatten ihre Wirkung verloren. Nur durch ein möglichst offensichtliches Eintreten Österreichs für den Frieden konnte im letzten Augenblick das Spiel des Ministers in Verwirrung gebracht werden. Der Herzog richtete deshalb an seinen Vetter, den österreichischen Ministerpräsidenten, folgendes Schreiben.

Konzept.

Ernst der Zweite an Graf Alexander Mensdorff.

Gotha, den 27. März 1866.

Lieber Alexander.

In der jetzigen kritischen Lage möchte ich keinen Augenblick zögern, Dir ganz im Vertrauen Kenntnis von zwei wichtigen Handschreiben zu geben, die ich soeben von Berlin erhalte und welche Euch authentisch darlegen, wie man höchsten Ortes in Berlin denkt und daß es, wenn es Euch um Erhaltung des Friedens zu tun ist, die höchste Zeit wird, den einzigen Weg einzuschlagen, der das Gewebe von Täuschung und Mißverständnis noch durchdringen kann, den von Person zu Person, vom Kaiser an den König direkt.

Ich hatte Schleinitz nach Berlin geschickt, um dem König aus Anlaß seines Geburtstages einen Brief zu überbringen, in dem ich ihn bei allen Seiten seines Charakters, die mir zugänglich schienen, angriff, um ihn vor den Verlockungen zu einem so unseligen Kriege wie dem um die unrechtmäßige Erwerbung eines deutschen Erblandes mit Österreich aufs inständigste zu warnen. Die Antwort ist die anliegende, in der der König nur sich selbst als den beleidigten und bedrohten Teil hinstellt. Meine zuverlässigen Nachrichten aus

Berlin sind im übrigen folgende: der König ist vollständig von Bismarck umgarnt. Die systematische Bearbeitung geht so weit, daß ihm Eure Depeschen oder Mitteilungen, wenn sie dem Minister nicht konvenieren, nicht vorgelegt, die Zeitungen gefälscht, Eure aufhebenden Blätter absichtlich verbreitet, Eure Truppen in vergrößertem Maßstab vorgetragen werden. Der König selbst zwar sträubt sich noch gegen den Krieg, aber Bismarck — darauf dürft Ihr Euch verlassen — will ihn (soll er doch bereits sein Privatvermögen mobilisiert und in der Bank von Brüssel angelegt haben, um nötigenfalls, wenn die Dinge unglücklich gehen, selbst in Sicherheit zu sein.)

Außer ihm will zwar eigentlich in Preußen, einige immer kriegslustige junge Militärs abgerechnet, kein Mensch den Krieg, und aus dem hier ganz konfidentiell abschriftlich beiliegenden Briefe des Kronprinzen an mich wirst Du dessen Denkungsweise ersehen; aber alles dies wird sich ändern, sobald der Plan Bismarcks ausgeführt sein wird, Euch soweit zu drängen, daß Ihr den ersten Schuß tut und Preußen in der Rolle des angegriffenen Teils dasteht und die Ehre seiner Armee engagiert ist. Da nun eben bereits das eklatante Rundschreiben Bismarcks an die deutschen Regierungen in Szene gesetzt ist, in welchem letztere kategorisch aufgefordert werden, sich zu erklären, ob Preußen auf ihre Unterstützung rechnen könne, wenn es von Österreich angegriffen oder durch Demonstrationen genötigt werden sollte, selbst anzugreifen, so dürfte es die höchste Zeit sein, das einzige Mittel beim König anzuwenden, von dem ich mir noch eine Wirkung auf ihn verspreche, am besten eine persönliche Zusammenkunft, mindestens aber ein direktes Handschreiben des Kaisers an ihn, durch welches dem Ideengange, in den sich der König hat einspinnen lassen, vom Kaiser selbst eine diametral entgegengesetzte Richtung durch unleugbare Tatsachen gegeben würde, also durch Hinweis auf Eure vollkommene Uneigennützigkeit in der Sache der Herzogtümer, Eure Achtung des preußischen Besitztitels, Eure Nichtbeteiligung an den Auslassungen der Presse, durch Betonung allerhöchst persönlichen Wunsches der Freundschaft und Allianz mit Preußen zum Wohle beider Länder und Europas, aber auch zugleich des festen Entschlusses, die eigene Gleichberechtigung in der Herzogtümerfrage sich nicht schmälern lassen zu wollen, also selbst nur in der Position des Angegriffenen zu stehen. Es könnte darin auch der König direkt vor den unheilvollen Ratschlägen seines Ministers gewarnt werden, der offen seinen Wunsch, mit Österreich zu brechen, ausgesprochen, und es dürfte schließlich ein Appell an die Waffenbrüderschaft und die von seinem Vater ererbten Gefinnungen guter Freundschaft mit Österreich erfolgen, die man jetzt durch allerhand untergeordnete Rücksichten unter dem Titel provozierter Gefährdung von Staatsinteressen und Staatsehre in blutigen Bruderkrieg zu verwandeln im Begriff stehe, zu deren Wiederherstellung aber der Kaiser, sobald nur das Interesse Österreichs gewahrt werde, die brüderliche Hand biete.

Solch ein Schreiben, durch irgendeinen Spezialgesandten direkt in des Königs Hand gelegt, dürfte das einzige Mittel sein, von dem ich mir, wenn

nicht eine persönliche Zusammenkunft möglich ist, jetzt noch Erfolg verspreche. Noch ist der König, wenn nicht alle Anzeichen trügen, nicht zum Äußersten entschlossen; aber ein Tag zu spät, und das Schlimmste ist vielleicht unwillkürlich geschehen. Ich bitte Dich persönlich, beide anliegende Handschreiben dem Kaiser vorzulegen, mit der Bitte um die größte Diskretion, und mir dieselben, ohne eine Abschrift zu dulden, wieder zurückzusenden . . . Ernst.

* * *

In Wien wurde den Ratschlägen, die der Herzog empfohlen, nicht entsprochen. Bei der gespannten Lage konnte von einem persönlichen Zusammenreffen der Herrscher nicht mehr die Rede sein. Auch von einem Handschreiben des Kaisers wurde abgesehen. Dagegen entwarf Mensdorff nach den ihm in dem herzoglichen Schreiben an die Hand gegebenen Gesichtspunkten ein Schreiben an seinen Vetter augenscheinlich zu dem Zweck, daß es von ihm nach Berlin weitergegeben werden sollte. In einem Punkt ging der österreichische Ministerpräsident sogar über die Vorschläge des Herzogs von Koburg hinaus. Er hob zwar hervor, daß es dem Kaiser Franz Joseph nicht zugemutet werden könne, daß er österreichisches Blut habe vergießen lassen, um einseitig Preußen zum Nachteil der österreichischen Stellung im Bunde zu vergrößern. Andererseits deutete er jedoch an, daß die durch die Gasteiner Konvention Preußen eingeräumte Bevorzugung bei der schließlichen Lösung gewiß noch eine präzisere Form erlangt haben würde. Es entsprach dieser Hinweis ganz seiner Auffassung, die er in Wien der Kriegspartei gegenüber vertrat, Österreich möge sich um den Preis einiger Zugeständnisse in Deutschland mit König Wilhelm über den Kopf seines Ministers hinweg verständigen.

Doch hören wir den Wortlaut des Briefes:

Graf Mensdorff an Herzog Ernst den Zweiten *).

Wien, 31. März 1866.

Baron v. Meyern wird Dir berichten, wie wenig hier irgend jemand an einen Angriff auf Preußen denkt. Das in Berlin eingeschlagene Verfahren läßt sich schwer anders erklären, als daß man eben hofft, indem man leichtsinnig mit der in Deutschlands friedliche Gauen geschleuderten Brandfackel einen in seinen Folgen unberechenbaren Weltbrand entzündet, in dem daraus entstehenden Chaos einige Vorteile für Preußen zu fischen. Werden sie des Preises wert sein?

Mit Perfidie hat man dem König alles, was von österreichischer Seite geschehen ist, als feindliche Demonstrationen gegen seine Person und seine Ehre und alle gehässigen Artikel einer, dank der ihr gewährten Freiheit, schrankenlosen Presse als österreichischer Inspirierung entsprungen darzustellen gesucht. Einige Dislozierungen, die hauptsächlich wegen der in Böhmen stattgehabten Unruhen vorgenommen wurden und welche sich schließlich auf die Verstärkung

*) Im Auszug bei Tempelhey S. 26 ff.

der in jener Provinz garnisonierenden Truppen von drei auf vier Brigaden Infanterie auf dem Friedensfuß und der Verlegung so vieler Kavallerie dahin, als wie stets in den ruhigsten Zeiten dort stationiert, beschränkte, wurden gleichfalls als eine Bedrohung Preußens geschildert. Wenn außerdem auf dem Papier einige Vorkehrungen getroffen wurden und das Heranziehen einiger der entferntesten Kavallerieregimenter stattfand, so waren die Äußerungen des preussischen Ministerpräsidenten, der jedem, der es hören wollte, von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Österreich sprach, während gleichzeitig, wie dies bereits zur Zeit vor der Gasteiner Konvention geschehen war, und was ich aus der allerstärksten Quelle weiß, Unterhandlungen mit Florenz gepflogen wurden, wohl für Österreich ein hinreichender Grund zur Vorsicht.

Seit den von uns im vergangenen Jahre zurückgewiesenen Februarforderungen ist preussischerseits kein erneuter Vorschlag an uns ergangen, und doch ist von österreichischer Seite alles geschehen, was die berechtigten Ansprüche Preußens sichern konnte. Nur war es dem Kaiser, meinem allergnädigsten Herrn, nicht zuzumuten, daß er österreichisches Blut habe im Norden vergießen lassen, um einseitig Preußen zum Nachteil unserer Stellung im deutschen Bunde zu vergrößern. Weiß Gott, daß weder dabei der Kaiser noch dessen Ratgeber von irgendeiner Gehässigkeit gegen die allgemein so hochgeehrte Person des meinem allergnädigsten Herrn so innig befreundeten Königs geleitet wurden, aber man konnte weder dem eigenen Lande noch Europa gegenüber seine Großmachstellung abbizieren und sich dem allgemeinen Gespötte preisgeben. Bei der durch die Gasteiner Konvention Preußen eingeräumten Bevorzugung, welche bei der schließlichen Lösung gewiß noch eine präzisere Form erlangt haben würde, ist der überwiegende Einfluß, den Preußen schon naturgemäß durch seine geographische Lage im Norden ausübt, für alle Zukunft gesichert worden. — Ein Krieg in Deutschland kann nur dem Auslande zugute kommen, und nie dürfte sich das alte lateinische Sprichwort: *inter duobus ligitantibus (so!) tertius gaudet glänzender bewahrheiten*, als gerade bei einem solchen Kampfe. Die Zukunft birgt ohnehin Zündstoff genug in ihrem Schoße, — der doch über kurz oder lang nicht ausbleibende Tod des dritten Napoleon wird sicher gewaltige Konvulsionen nach sich ziehen. Dies sollte genügen, um Österreich und Preußen von Entzweiung abzuhalten, da sie in jener Zeit berufen sein werden, entscheidend einzugreifen im Geiste der Ordnung und des Rechts. Darum sollte es sich auch jeder Konservative zur Pflicht machen, alles aufzubieten, die beiden Staaten einig zu erhalten, damit sie in der bezeichneten Epoche ihr Machtwort vereint ertönen zu lassen vermögen.

Wie soll die Geschichte es einst beurteilen, wenn zwei Fürsten, deren Freundschaft auf gegenseitige Achtung und Zuneigung begründet ist, ihren Feinden das erwünschte Schauspiel eines Bruderkrieges geben, aus dem eben nur diese letzteren Vorteil und Gewinn ziehen würden. Wir in Österreich müssen die Verantwortung von uns weisen, den Anstoß zu einem der unseligsten Kriege, der je

gratuitement in Szene gesetzt worden wäre, gegeben zu haben. Wenn es aber, was Gott und die Weisheit der von ihm erleuchteten Fürsten verhüten möge, doch zum Äußersten kommen sollte, so werden wir jeden Angriff mit dem Einsatze aller Mittel und aller uns innewohnenden Kraft zurückschlagen. In einem so ungerecht provozierten Kampfe kann der Kaiser auf die opferwillige Treue seiner Völker unbedingt zählen, da sie bei dem Gedanken an eine solche Eventualität das gleiche Gefühl tiefen Unwillens durchglüht. Ich kann und will es nicht glauben, daß es zu so etwas Ungeheuerlichem kommt. Von Kind auf war ich in dem Glauben erzogen, daß die Einigkeit der deutschen Großmächte eine Notwendigkeit für die Sicherheit Deutschlands und eine Bürgschaft für die Macht und Größe beider Staaten sei. Ebenso habe ich stets mit treuer Verehrung an der ritterlichen Person des Königs Wilhelm gehangen, der mir von Jugend auf stets freundlich und gnädig begegnet war, weshalb mir der Gedanke, daß nicht ein friedlicher, beide Teile nicht verletzender Ausgleich möglich sei, nicht einleuchten will. Er muß und wird gefunden werden, wenn Leidenschaftslosigkeit und Gerechtigkeitsfönn nicht aus dem Räte der Souveräne gemichen sind. Nur müßten freilich vor allem die Waffen aus der Hand gelegt werden, da sich Österreich nun und nimmer einen Ausgleich abtrogen lassen wird. Heute übergibt Graf Karolyi in Berlin eine Erklärung, welche die Ableugnung jeder kriegerischen Absicht gegen Preußen enthält und verlangt eine gleiche von Preußen.

Wenn es nicht gelingt, diese zu erhalten, so geht wahrscheinlich die Steigerung von militärischen Vorkehrungen fort, bis der Krieg unvermeidlich wird. Es mag dies im Interesse einzelner maßgebender Personen liegen, deren Zahl ist aber klein; — unverantwortlich wäre es, wenn ihre Ansicht gegen die überwiegende Mehrzahl durchdränge.

Empfange zum Schlusse meinen herzlichsten Dank für Deine freundlichen Zeilen, die ich auch dem Kaiser zeigte, welcher Dich grüßen läßt und Deinen wahrhaft patriotischen Bestrebungen zur Erzielung einer auch von ihm aufrichtig gewünschten Verständigung vollste Anerkennung zollt. Aus meinem in Eile geschriebenen Brief wirst Du ersehen, daß auch ich nach demselben Ziele strebe.

Erhalte Deine Freundschaft

Deinem alten treuen Vetter

Alex. M.

Der Koburger Spezialgesandte Herr von Meyern, der Überbringer des herzoglichen Schreibens, nahm den Mensdorffschen Brief mit nach Koburg zurück, und bereits am 2. April wurde er dem König von Preußen mit folgendem Begleitschreiben des Koburger Herzogs ausgehändigt

Ernst der Zweite an König Wilhelm.
Konzept.

Gotha, den 2. April 66,
durch H. von Schleinitz.

Allergnädigster König!

Deine Nachrichten, die Du so gnädig warst, mir in Deinem Briefe vom 26. v. M. über Eure Stellung zu Österreich zukommen zu lassen und die mir fast gleichzeitig bekannt gewordene überraschende Aufforderung Deines Gouvernements an die deutschen Regierungen, sich zu erklären, was sie im Fall eines Krieges zwischen Preußen und Österreich tun würden, haben mich so alarmiert, daß ich für nötig befunden habe, sofort einen Vertrauten nach Wien zu senden, um sich genau zu unterrichten, ob man denn wirklich dort unerhörterweise so kriegerisch gesinnt sein sollte, wie man es Dich glauben gemacht zu haben scheint.

Es ist mir eine wahre Herzenserleichterung, jetzt aus sichersten Quellen zu hören, daß glücklicherweise in Wien gerade das Entgegengesetzte der Fall ist. Man denkt nicht daran, Euch zu irgend etwas durch militärische Anstalten nötigen zu wollen, ja man hält einen Krieg zwischen Preußen und Österreich sogar dort wie anderwärts für etwas Ungeheuerliches. Aber allerdings erklärt man in Wien, durch die Art und Weise, wie Graf Bismarck privatim und offen seinen Wunsch, einen Krieg mit Österreich herbeizuführen, zu erkennen gegeben habe und durch die letzte Maßregel in Schleswig, die man als einen weiteren Schritt zu einem beabsichtigten Bruche ansieht, so frappiert worden zu sein, daß man sich zu einigen defensiven Vorbereitungen in den österreichisch-preussischen Grenzländern bewogen gefunden habe, um sich von einem für so unberechenbar gehaltenen Gegner nicht überraschen zu lassen. Übrigens bestehen diese Vorbereitungen, wie mir konstatiert wird, lediglich in Dislokationen einiger Brigaden auf dem Friedensfuße (Kompagnie 70 Mann, Brigade 2000 Mann), was soviel wie gar nichts heißt. Nicht ein Urlauber ist einberufen, nicht ein Pferd ist zu kaufen befohlen worden. In Wien, höre ich, lächelt man über den von den Zeitungen in Berlin ausgesprengten österreichischen Rüstungs- und Angriffseifer.

Zum Überfluß bin ich in der Lage, Dir einen authentischen Beweis darüber zu geben, wie man an maßgebender Stelle in Wien die Situation auffaßt, indem ich mir die Indiskretion gestatte, Dich zu bitten, von dem beiliegenden Privatschreiben des Grafen A. Mensdorff an mich Einsicht zu nehmen und mir dasselbe dann gnädigst zurückstellen lassen zu wollen.

Ich schließe in der freudigen Hoffnung, daß alle in den letzten Tagen so verhängnisvollen Mißverständnisse sich noch lösen werden und daß es Deiner persönlichen Weisheit und Mäßigung gelingen wird, auch in der Hauptfrage eine nach allen Richtungen genügende Lösung zu finden.

In aufrichtiger Verehrung verbleibe ich, allergnädigster König,

Dein treuergebener Freund und Diener

Ernst.

Es ist charakteristisch für das Verhältnis des Königs zu Bismarck, daß er seinem Ministerpräsidenten das Schreiben mit dem Ersuchen um sein Gutachten weitergibt. Damit war die Intrige mißglückt. In welchem Maße sich Bismarcks Zorn auf ihren Urheber entlud, kann man aus dem in dem Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I S. 129 ff. abgedruckten Brief an König Wilhelm ersehen.

Bismarck an König Wilhelm *).

Berlin, den 3. April 1866.

Eure Majestät

haben durch Abeken zu befehlen geruht, daß ich mich über die Frage äußere, ob der ehrfurchtsvoll wieder beigelegte Brief des Herzogs von Koburg zu beantworten sei. Ich erlaube mir, daran zu erinnern, daß der Herzog von Koburg seit vier Jahren an jeder Intrige gegen Eurer Majestät innere und auswärtige Politik beteiligt gewesen ist. Seine Hoheit hat wesentlich zur Herbeiführung demokratischer Wahlen in Preußen durch Geld und Einfluß mitgewirkt, sich in den Vereinen zur Bewaffnung des Volkes (Büchsen-Groschen-Vereinen) beteiligt und der Monarchie gegenüber sich so verhalten, daß Ew. Majestät in einem längeren Schreiben dem Herzoge schlagende Vorhaltungen machten und den Besuch desselben wegen des üblen Eindruckes in der Armee ablehnten. Der Herzog mit seinen Beamten Samwer und Franke ist der Hauptträger des antipreußischen Augustenburgertums, ohne ihn hätte der Erbprinz mit sich reden lassen. Der Herzog hat die Abberufung Lord Napiers, als eines zu preußischen Diplomaten, herbeigeführt. Die Einwirkung des Herzogs auf Seine Kgl. Hoheit den Kronprinzen erlaube ich mir ehrfurchtsvoll anzudeuten. Gewiß aber sage ich nicht zu viel, wenn ich Seine Hoheit als einen der unveröhnlichsten Widersacher der Politik Eurer Majestät bezeichne und von ihm keine Hingebung für Eurer Majestät Ehre und Vorteil gewärtige.

Das vorliegende Schreiben des Herzogs, der offenbar zum Behufe der Mitteilung an Eure Majestät bestellte, durchweg unwahre Brief des Grafen Mensdorff verrät einen Zusammenhang mit den Eröffnungen, die von der Königin Viktoria durch Vermittlung Sr. Kgl. Hoheit des Kronprinzen an Eure Majestät gelangten, und gewiß werden Allerhöchstdenselben ähnliche Insinuationen auch von anderer Seite zugehen. Das alles beruht ohne Zweifel auf einem wohlkombinierten Plane, nach welchem die offenen und heimlichen Gegner der Politik Eurer Majestät bemüht sind, Allerhöchstdieselben zur Nachgiebigkeit gegen Österreich zu bereben und eine andere Politik dadurch anzubahnen, daß zunächst Eurer Majestät jetziges Ministerium und ich insbesondere als Ursache allen Übels dargestellt werde. Eure Majestät sind gewiß ohne meine Versicherung überzeugt, daß ich, auch wenn meine Gesundheit von den letzten Jahren unberührt geblieben wäre, doch jederzeit gern und mit lebenslänglicher Dankbarkeit für Eurer Majestät

*) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I S. 129 ff.

vielfache Gnade in den Ruhestand übergehen würde, auch dann, wenn mit meinem Verbleiben im Dienste keine Nachteile für Eure Majestät verbunden wären, um wie viel mehr also, wenn mein Rücktritt für König und Vaterland irgendwelchen Nutzen bringen könnte.

Ich sehe aber keine Möglichkeit, daß irgendein anderer Minister Eurer Majestät irgendeine andere Politik als die bisher verfolgte und in dem Conseil vom 28. Februar genehmigte, mit Ehren anraten könnte, denn diese Politik ist von jeder Parteilärbung unabhängig, nur durch Preußens Interesse geboten, durch die Situation unvermeidlich gemacht. Wenn der Herzog von Koburg eine andere Politik, wie sie den Wiener Vorschriften zusagt, empfiehlt, so hebe ich ehrfurchtsvoll hervor, daß derselbe Herr seit vier Jahren alles empfohlen hat, was den monarchischen Interessen und insbesondere den preußischen entgegengesetzt war. Eure Majestät haben dem Herzoge dennoch die Ehre erzeigt, seinen vom 22. eingegangenen Brief zu beantworten. Wollten Eure Majestät diesen jetzigen Brief mit seiner beleidigenden und wahrheitswidrigen Einlage auch beantworten, so würden Allerhöchstdieselben Ihre Gegner ermutigen, Ihre Diener entmutigen.

Das Schreiben schließt mit folgenden Sätzen:

Mein alleruntertänigster Vorschlag geht (deshalb) dahin, daß Eure Majestät geruhen wollen, den Brief des Herzogs unbeantwortet zu lassen und dem Adjutanten nicht zu verhehlen, daß die Übersendung der Einlage Allerhöchstdieselben nicht angenehm berührt hat. Ist die Persönlichkeit des Adjutanten dazu geeignet, so wäre es vielleicht gut, mündlich anzudeuten, daß Eure Majestät die Absichtlichkeit des ganzen Manövers mit dem Mensdorffschen Briefe vollkommen durchschauen und den Ton des letzteren daher nicht goutieren.

von Bismarck.

Nach dem Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen (I 132) hat König Wilhelm den wenig verbindlichen Rat seines Ministers befolgt; denn es findet sich hier, sogar in autographischer Nachbildung, ein Notizzettel des Königs für den Adjutanten Leutnant von Schleinitz als mündliche Antwort an den Herzog von Koburg, und in einem Schreiben an Bismarck, auf das ich an späterer Stelle eingehen werde, betont der König, daß er dem Herzog nicht geantwortet habe. Im Koburger Archiv ist jedoch, von demselben Tage datiert, ein Brief des Königs erhalten, der zwar mit dem Gedankengang des Notizzettels annähernd übereinstimmt, im Wortlaut aber völlig abweicht und ausführliche, teilweise charakteristische Zusätze aufweist. Ich hebe nur hervor: Auf Minister Äußerungen pflegt man nicht defensiv Rüstung in dem jetzigen Maße wie in Böhmen anzuordnen.

Im einzelnen lautet der Brief wie folgt:

König Wilhelm an Herzog Ernst den Zweiten.

4. April 1866.

Schon im July 1865 rüstete ich, da ich Krieg befürchten mußte. Gastein erhielt den Frieden.

Seitdem wurde es schlimmer als zuvor.

Daher Kriegs Lust; aber auf Minister Aeußerung pflegt man nicht defensiv Rüstungen in dem jetzigen Maße wie in Böhmen anzuordnen.

Wir wissen sehr wohl, was in Böhmen stehet, wer in seinem Standbezirk stehet, was auf dem Marsch ist.

Man will uns täuschen, weil noch alles auf dem Friedensfuß, und spricht von Judenfraß und Unterdrückung, die im südlichen Böhmen stattfinden und nicht im nördlichen, wo alle Truppen konzentriert sind.

Pferdelieferungen sind stipuliert, aber Pferde noch nicht abgeliefert.

Das alles fand statt, ehe in Preußen auch nur ein Mann und Pferd gerührt ward. Vom 13. bis 28. März sah ich dem allen staunend zu! Dann erst traf ich die bekannten Anordnungen.

Wie kann man also behaupten, daß Preußen Offensivabsichten hegte? Gegen die man sich schützen müsse!

Österreich hat alle Anordnungen getroffen, um so schnell wie Preußen mobil werden zu können, plus einer Anzahl von zwölf Kavallerieregimentern in Böhmen.

Dies ist Antwort auf den M.-Brief; und meine Antwort nach Wien auf die Carolyi-Note wird Dir alles nähere zeigen.

W. 4. April 66.

Es scheint fast, als ob der König gegen den Willen und ohne Vorwissen des Ministers die rücksichtslose Form der Antwort unterlassen hat. Auch sonst ist das Verhalten des Königs in der kurzen Zeitspanne, in die die kurburgisch-englischen Beeinflussungsversuche fallen, die in ihrer Wirkung durch ungünstige Berichte des preußischen Botschafters in Paris über Napoleons Verhalten unterstützt wurden, nicht frei von Schwankungen.

Am 3. April erbittet der König die Antwort auf die österreichische Note vom 31. März, die er auf Abekens Zureden, trotz seiner Empfindung, sie sei doch etwas sehr kalt und schroff im Vergleich zu der Österreichs, schon genehmigt hatte, zurück, um sie nochmals durchzulesen. Trotz des wiederholten energischen Protestes Bismarcks nimmt der König einzelne Änderungen vor. In Berlin kommen auch sofort Gerüchte auf, der König zaudere, so entschlossen gegen Österreich vorzugehen, wie Bismarck wolle. Schärfer als vorher erhebt die Friedenspartei ihre Stimme. So erklärt damals der liberale Führer Theodor Bethmann-Hollweg: wenn das so fortgehe, werde er sein Gut verkaufen und sich anderswo ansiedeln; denn in einem Lande, in dem solche Tollheiten getrieben würden, könne man nicht bleiben. Von der Ursache dieser Wirkungen ziehen die Worte des eingeweihten Kriegsministers Moos den Schleier. Denn gerade

damals beklagt er sich bitter über die Koburger Manscherei und die Haus- und Familienwanzen, die sich in den königlichen Schlössern eingenistet haben.

Gerade aus diesen Folgen erkannte Bismarck, wie verhängnisvoll das Vorgehen des Herzogs von Koburg für die Durchführung seiner Pläne werden konnte. Er begnügte sich deshalb nicht mit der scharfen Zurückweisung, zu der er den König bestimmt zu haben glaube, sondern er hielt es, zu einer Zeit, wo er nach dem Urteil Noons in herkulischer Tag- und Nachtarbeit nervös abgenutzt war, für nötig, persönlich in der Presse einen Kampf gegen den Herzog zu eröffnen, um ihn politisch an den Pranger zu stellen. In der Kölnischen Zeitung und in der Kreuzzeitung erscheinen mehrere Artikel. Zu zweien von ihnen hat sich Bismarck ausdrücklich als Verfasser bekannt. Sie tragen auch von seinem Geist und seiner Rücksichtslosigkeit nicht wenige Spuren. Einige Proben mögen das beweisen.

Kreuzzeitung Nr. 78. 3. April 1866.

„Wir haben schon gestern konstatiert, daß kein preußischer Minister, wer es auch sei, in den Erbherzogtümern eine andere Politik treiben könne und dürfe als die, welche der jetzigen Aktion des preußischen Kabinetts zum Grunde liegt und daß ein Verlassen dieser Bahn überhaupt nicht zu den Dingen gehört, welche als möglich gedacht werden können.

Um so überraschender klingt uns deshalb die Nachricht, daß ein vielgenannter deutscher Fürst, der Herzog von Koburg, nichtsdestoweniger seine bekannten Hebel anzusetzen versucht, um, allerdings zunächst nur in indirekter Weise, Preußen aus seiner bisherigen Bahn herauszuwerfen.

Es ist — wie man uns versichert — der preußische Ministerpräsident, welchen er sich als Objekt des Angriffs ausersehen, und man hat beliebt, diesen Anlauf unter dem wohlklingenden Namen einer Vermittlung zwischen Preußen und Österreich diplomatisch einzuführen. Gewiß ist — wir leugnen es nicht — ein solches Vorgehen eine glänzende Schmeichelei für den Grafen Bismarck. Dennoch aber ist solch ein Versuch einem König von Preußen gegenüber diplomatisch zu ungewöhnlich, als daß er nicht fast als eine Beleidigung erscheinen müßte.

Es ist ja nicht der Minister, sondern es ist das Königreich Preußen, mit welchem das Kaiserliche Kabinett zu Wien sich in Konflikt befindet, — und das Engagement Preußens in den obschwebenden Fragen geht höher und tiefer, als es durch einen Personenwechsel erledigt werden könnte.

Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, daß der Herzog von Koburg in betreff der Person einen recht geschickten Griff getan, und daß er sehr wohl weiß, was er tut, wenn er den Grafen Bismarck auf allen geraden und ungeraden Wegen mit allen bekannten und unbekannten Mitteln, mit Aufgebot aller Streitkräfte intra et extra muros anzugreifen versucht.

Graf Bismarck ist in diesem Moment allerdings mehr als ein einzelner Mann; er ist der Repräsentant eines Systems, das mit ihm in den Augen

Europas gleichzeitig desavouiert werden würde; wir begreifen deshalb auch den Eifer der „stillen Preußenfreunde“ in Wien, vor allem den Mann wegvermitteln zu lassen, dessen Beseitigung von selbst vieles andere nach sich ziehen würde. Auch der Wolf war ja bereit, mit dem Hirten um den Preis des treuen Wächters zu „vermitteln“. Was man aber in Koburg wie in Wien nicht gründlich erwogen zu haben scheint, das ist die Frage: ob denn der Herzog von Koburg wohl die geeignete Persönlichkeit ist, um Preußen gegenüber mit Erfolg als Vermittler auftreten zu können; ob die Haltung der jetzt so sehr friedlichen und zur Vermittlung geneigten österreichischen Staatsmänner in der That von der Art war, um den diplomatischen Angelhaken als den Anker des Friedens erscheinen zu lassen.

Unsererseits wenigstens entsinnen wir uns kaum, den „fürstlichen Vermittler“ jemals anderswo als auf Seiten der Gegner Preußens gefunden zu haben, — sei es, daß er als Schützenkönig und Nationalvereins-Herzog Deutsche Kaiser-Generalprobe abgehalten, sei es, daß er als einfacher deutscher Patriot der preußischen Fortschrittspartei die Wege geebnet.

Was kann es also sein, was den Herzog von Koburg dessenungeachtet heute zu einem so warmen Freunde Preußens macht? und was hat sich in Wien begeben, daß man dort plötzlich nur noch den einen Streitpunkt und die eine Aufgabe kennt, den König von Preußen in seinem Kabinett besser bedient zu sehen?

Wäre es so gemeint, daß Preußen um den Preis des Grafen Bismarck alles das gewinnen könnte, was es gewinnen muß, — wir meinen, es würde diesem selbst sein Leben nicht zu teuer sein.

Vielleicht aber ist es doch nicht so gemeint, und einige nähere Details werden wohl bessere Aufklärung geben.“

Kreuzzeitung Nr. 79, 1866.

Ist der Herr Herzog von Koburg in der That der geeignete Mann, als deutscher Friedensstifter und als „Vermittler“ zwischen Preußen und Österreich aufzutreten? Dürfen die gegenwärtig leitenden Staatsmänner Österreichs mit Zug den Anspruch erheben, als selbstvergeffene Schwärmer für die Größe und Ehre Preußens betrachtet und aufgenommen zu werden? — Wir werfen diese Fragen nicht auf, um neue Zwistigkeiten durch die Erinnerung an alte zu steigern und zu schüren; wir dürfen sie aber nicht umgehen, weil leider nur zu Viele — auch da, wo man es nicht glauben sollte — vergessen zu haben scheinen, daß man sich in Wien auf die Psychologie versteht und daß man es natürlich vorzieht, wenn es sein kann, seine Zwecke nicht durch Krieg, sondern auf billigerem Wege zu erreichen. Krieg verlangt Geld, „viel Geld“, und bleibt doch immer ein bedenkliches, zweifelhaftes Spiel, wogegen eine „Vermittlung“ wie die, mit welcher wir es hier zu tun haben, außer gewissen bekannten baren Auslagen keine großen Unkosten verursacht, und außerdem den

Vorteil gewährt, selbst wenn sie mißlingt, beschränkteren Patrioten gegenüber als deutsche Bundestreue und edle Selbstverleugnung verwertet werden zu können.

Schauen wir deshalb der Frage etwas näher ins Gesicht, ob der Herzog Ernst begründete Aussicht hat, mit seiner Vermittlerrolle zu reüssieren, so müssen wir zunächst das österreichische Dementi jener Rolle auf seinen wahren Wert zurückführen. Wir sind in dieser Beziehung soweit unterrichtet, um zu wissen woran wir sind, und daß die Handhabung doch nicht fein genug war, um die Illusion bis ans Ende aufrecht erhalten zu können. Der Hauptgrund dieses Mißerfolges war die Künstlichkeit, mit welcher das patriotische Schauspiel in Szene gesetzt wurde. Umgeben mit dem ganzen politischen Apparat seiner Familie und gewohnt, diesen stets in vollem Orchester spielen zu lassen, widerfuhr Sr. Hoheit dem Herzoge von Koburg das eigentümliche Mißgeschick, eine zu volltönende Resonanz seiner Melodie zu finden und in der vielstimmigen Warnung vor der Gefährlichkeit der preussischen Politik, seine Vermittlerrolle einfach als eine diplomatische Verschwörung enthüllt zu sehen. Man weiß in Berlin, daß der Graf Bismarck dem Herzog von Koburg und seinen politischen Freunden sehr unbequem ist; man weiß nicht minder, daß die leitenden Staatsmänner in Wien wohl lieber mit einem anderen auswärtigen Minister Preußens verhandelten. Und wie der Dichter sagt — es macht der Vorteil den Gefährten. Um deswillen hätte es auch kaum der politischen Vergangenheit des fürstlichen Vermittlers bedurft, um seine Aussaat hier auf einen unfruchtbaren Boden fallen zu lassen. Man kennt den Mann, man kennt den Zweck, man kennt die Mittel — und es dürfte förderlicher gewesen sein, wenn man in Wien den gewöhnlichen Geschäftsgang nicht verlassen hätte. Zur Begründung dieses Wunsches wird es kaum vonnöten sein, dem Wiener Kabinett einen kurzen Abriss der preussischen Geschichte und der österreichischen Politik seit den Tagen des großen Kurfürsten bis auf den heutigen Tag vorzuführen. Die Geschichte der letzten Jahre spricht laut und berechtigt genug, um die Wahrheit zu erhärten, daß in Wien das diplomatische Hilfsbüchlein des großen Friedrich die meiste Anerkennung gefunden hat, und daß uns deshalb auch nichts in dem Maße eine Aussicht auf einen dauernden ehrenvollen Frieden gewährt, als wenn wir dem Wiener Kabinett keinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit demselben nicht über Ministerveränderung in Preußen, sondern über die ebenbürtige Stellung in Deutschland verhandeln.“

Die Artikel hatten ein interessantes Nachspiel. Die Kronprinzessin, empört über die Art, wie ihrem Onkel mitgespielt war, bat ihre Schwiegermutter, die Königin Augusta, dem König die beiden Artikel der Kreuzzeitung mit Protest zu überreichen. Die Königin hat dies getan:

Königin Augusta an König Wilhelm*):

(wohl 7. April 1866)

Entschuldige diese Mitteilung (zwei Nummern der Kreuzzeitung Nr. 78 und 79) Vichs, die ich pflichtgemäß zu Deiner Kenntnis bringe.

*) Vgl. Tempelhey 33 und 34 und Lorenz, „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches,“ S. 567.

Du hast die loyale Absicht ihres Onkels nicht verkannt, durch die persönlichen Beziehungen, die ihm zu Gebote stehen, die ernste Sachlage möglichst zugunsten Deines eigenen Wunsches, die ehrenvolle Erhaltung des Friedens betreffend, aufzuklären, und sich dafür, wie sonst, in direkte Verbindung mit Dir zu setzen.

In demselben Augenblick wird er von bekannter Seite auf eine Art behandelt, die ihn als deutschen Bundesfürsten verletzen und seine vielfachen verwandtschaftlichen Beziehungen kränken muß.

Wenn sich nicht der Herzog durch sein persönliches Attachement für Dich, daß er nie verleugnet hat, gebunden fühlt, wäre er berechtigt, sofort seinen Brief an Dich zu veröffentlichen und zu beweisen, wie er gehandelt hat und welcher Lohn ihm dafür zuteil wird.

(In Abschrift nach Koburg geschickt; Abschrift von der Hand des Kronprinzen, ebenso das Nachwort:

Der König erwiderte mündlich: „Er habe dem Minister geschrieben, daß er die Artikel nicht billige und eine Rektifikation wünsche, wenn man Einfluß auf die Zeitung habe.“)

In der Tat liegt im Anhang zu den G. und G. (I 132) ein Brief des Königs vor, der die Veröffentlichungen tadelt und mit der Bitte schließt, dem Unwesen der Kreuzzeitung gegen den Herzog von Koburg ein Ende zu machen.

König Wilhelm an Bismarck.

7. April 1866.

Mir werden soeben die Nr. 78 und 79 der Kreuzzeitung vorgelegt durch fremde Hand (da ich diese Zeitung seit 1861 [Krönungsartikel im Juni] nicht mehr halte) wegen der Schmähartikel auf den Herzog von Koburg. Mir ist das sehr unangenehm, da nur Sie und die Königin und Kronprinzliche Herrschaften Kenntnis von den Briefen des Herzogs an mich hatten, daher die Quelle des Artikels sofort zu erraten ist. Da Sie mir immer sagten, daß die Regierung keinen Einfluß auf die Kreuzzeitung habe, so scheint hier doch ein Fall vorzuliegen, der dem widerspricht? Die Art, wie ich dem Herzog antwortete und das zweitemal nicht antwortete, bewies ihm, daß ich keine Fortsetzung der Korrespondenz wollte. Aber solche Artikel wie quest. müssen ihn noch feindlicher gegen uns stimmen, und das ist nicht politisch richtig in diesem Momente. Ich bitte Sie also, dem Unwesen der Kreuzzeitung gegen den Herzog ein Ende zu machen.

W.

Doch Bismarck nahm diesen königlichen Tadel nicht ruhig hin. Noch einmal bietet er alles auf, seinen königlichen Herrn von der Berechtigung seines Vorgehens, von dem Unrecht seiner fürstlichen Gegner schlagend zu überzeugen. Seine in dem Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 133 ff. veröffentlichten Ausführungen bilden den leidenschaftlichen Schlußakkord der politischen Auseinandersetzung.

Bismarck an König Wilhelm. *)

Berlin, den 7. April 1866.

Eure Majestät

bitte ich alleruntertänigst um Verzeihung, wenn ich durch die Artikel über die Vermittlung des Herzogs von Koburg, welche sich nicht an den Brief desselben, sondern an eine Reihe anderer Zeitungsartikel über diese Vermittlung anschließen, Allerhöchstdero Unzufriedenheit mir zugezogen habe. Ich würde es niemals wagen, Eure Majestät zu täuschen, und gestehe offen, daß ich diese Artikel in der Hauptsache selbst veranlaßt habe, da ich, wie jeder andre meiner Kollegen, zwar nicht den Einfluß auf die Kreuzzeitung habe, aus ihr fernzuhalten, was ich will, aber doch so viel, daß sie aufnimmt, was ihrer Tendenz nicht gerade widerspricht; dasselbe Verhältnis findet mit der Spenerischen, der Nationalzeitung und vielen andern statt, und glaube ich auch nicht, diese Art Einfluß jemals in Abrede gestellt zu haben.

Es hatte mir geschienen, daß Eure Majestät selbst über die Unaufrichtigkeit in dem Verfahren des Herzogs und des Grafen Mensdorff entrüstet waren; Eure Majestät verzeihen aber großmütig den Mangel an Ehrerbietung, der in einem solchen Verfahren liegt, wie die früheren Feindseligkeiten des Herzogs, der Eurer Majestät und dem preussischen Staate durch Begünstigung der Demokratie, durch Störung des Verhältnisses zu England mehr Schaden getan hat, als er jemals durch eine Militärkonvention wieder gut machen kann, und der seine wahren Gesinnungen gegen Eure Majestät zur Zeit des Frankfurter Fürstentags gezeigt hat. Eure Majestät werden an meiner Hingebung und an meinem Gehorsam keinen Zweifel haben, erwarten Allerhöchstdieselben aber nicht das Uebermenschliche von mir, daß ich ruhigen Blutes jederzeit bleibe, wenn ich sehen muß, wie mir der schwere, ich darf wohl sagen aufreibende Dienst, der mir obliegt, absichtlich erschwert wird durch die Ungnade solcher hochgestellten Persönlichkeiten, denen das Gelingen preussischer Politik, denen der Ruhm Eurer Majestät und des königlichen Hauses nach menschlicher Erwartung mehr als Allen am Herzen liegen sollte. Und weshalb trifft mich diese unverföhnliche Ungnade, dieser Kampf gegen mächtige Einflüsse, den ich auf jedem Schritte der mühevollen Bahn zu bestehen habe? Nur weil ich mich nicht dazu verstehe, zweien Herren zu dienen, andere Politik als die Eurer Majestät zu machen, anderen Einflüssen als den Befehlen Eurer Majestät Rechnung zu tragen. Mein Vergehen ist daß ich bereit war, Eurer Majestät mit Ihrem Willen zu dienen, als andere es sich versagten, daß ich nicht Anstand nahm, Eurer Majestät zu gehorchen, auf die Gefahr hin, mir die Ungnade derer zuzuziehen, die Eurer Majestät am nächsten stehn. Ich könnte Frieden haben, wenn ich, wie manche meiner Vorgänger, mich dazu verstehen wollte, daß, was mir von anderer Seite aufgetragen wird, bei Eurer Majestät als

*) Anhang zu den Gedanken und Erinnerungen I, 133 ff.

meine eigne Überzeugung vorzutragen, und wenn ich namentlich in der inneren Politik, in der Militärorganisation zum Nachgeben raten wollte; denn in der äußeren Politik geschieht ja eigentlich nichts anderes, als was früher von denen, die mich anfeinden, gewollt wurde.

Verzeihen Eure Majestät, wenn mich in diesen Kämpfen das Gefühl, ungerecht angegriffen zu werden aus dem einzigen Grunde, weil ich meine Pflicht gegen Eure Majestät ohne Seitenblicke zu erfüllen suche, die Ruhe verlieren läßt, die ich selbst gern bewahren möchte. Zum Beweise, daß die Vermittlung des Herzogs schon länger Gegenstand der Presse ist, und von Wien aus zuerst besprochen wurde, lege ich einige Zeitungsartikel ehrfurchtsvoll bei.

von Bismarck.

Die Gedankengänge dieses Schreibens waren auf die bereits charakterisierte Eigenart König Wilhelms berechnet und haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Versuch des Herzogs von Koburg, den König von seinem Minister zu trennen, war gescheitert. Am 8. April unterzeichnete der König den Bündnisvertrag mit Italien. Am 9. April wurde der Antrag Preußens auf Berufung eines deutschen Parlaments auf Grund des allgemeinen Stimmrechts durch direkte Wahlen am Bundestag übergeben und geheime Verhandlungen mit Bayern über den Ausschluß Österreichs aus dem neu zu schaffenden Bund, über Preußens Vormachtstellung in Norddeutschland und Bayerns im Süden Deutschlands begonnen.

Ernst der Zweite hatte bereits nach Eintreffen des früher erwähnten königlichen Briefes sein Spiel verloren gegeben. Das zeigt folgendes Telegramm an den Grafen Mensdorff: König schenkt keinen Glauben; entgegengesetzte Rapporte. Persönlich immer noch aufgebracht. Direkter Schritt notwendig. Große Mäßigung empfehlenswert.

Es darf wohl angenommen werden, daß die österreichische Note vom 7. April unter dem Eindruck und dem Einfluß dieses Telegramms entstanden ist. Sie enthielt ein ernstes, friedliches Angebot und gab König Wilhelm die ersehnte Gelegenheit, der Welt seine angezweifelte Friedensliebe zu zeigen. Eine Zeitlang hatte es zur größten Beunruhigung Bismarcks wirklich den Anschein, als ob die Kriegsgefahr noch beschworen werden könnte. Denn der König milderte den Entwurf der Bismarckschen Antwortnote zweimal und schickte ihn zweimal zurück. Ihr Kerngedanke war die preußische Bereitwilligkeit, die Rüstungen rückgängig zu machen, wenn Österreich sich derselben Friedensmaßregel anschließe. Österreich ging aufs bereitwilligste auf den Vorschlag ein. Bismarcks Pläne waren arg gefährdet. Daß sie nicht endgültig durchkreuzt wurden, dafür sorgte, wie so oft, die Torheit seiner Gegner. Gerade in diesen Tagen der neu erwachten Friedenshoffnung setzte der österreichische Generalstab die Mobilmachung gegen Italien durch, das möglicherweise infolge des friedlichen Umschwungs in Deutschland besonders kriegerisch zu lärmern begonnen

hatte. Damit war der Stein ins Rollen gekommen; an ein Aufhalten war nicht mehr zu denken.

Der telegraphische Wunsch, den die Königin von England am 7. April nach Koburg übermittelt hatte, ist erfreulicherweise nicht in Erfüllung gegangen.

Sie hat deponiert:

Viktoria an Ernst den Zweiten,

7. April Windsor Castle.

Dank für Brief vom 2. Ich habe ihn mit Deinen Einlagen Lord Clarendon übergeben und schicke Dir hiermit Clarendons Brief . . .

. . . Gott gebe, daß dieses schändliche, sündhafte Benehmen Bismarcks reichlich bestraft und der Frieden erhalten sein möge.

Ewig Deine

treue und unglückliche
Schwester und Freundin

The Qu.



Vom alten und vom neuen Reichsarchiv

Von Dr. Paul Wenzke in Düsseldorf-Oberkassel



ine kurze Bemerkung im preußischen Haushaltsetat für 1913 kündigt ein neues Reichsamt an. Beim Neubau des seit langem mehr als unzureichenden Geheimen Staatsarchivs in Berlin ist gleichzeitig ein Bauplatz für ein neu zu begründendes Reichsarchiv, räumlich getrennt und selbständig erweiterungsfähig, vorgesehen.

Ausführliche Motive sollen erst dem nächsten Haushaltsetat des Reiches beigelegt werden, da zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit angegeben werden kann, welchen Raum die reponierten Registraturen der Reichsämtler benötigen. Deren Kanzleien sind bereits jetzt, nach dreiundvierzigjähriger Arbeit so überfüllt, daß sich eine Entlastung als unbedingt nötig erweist. Die historische Wissenschaft hat heute, da die Träger der Verhandlungen von 1870 alle dahingegangen sind, ein Unrecht auf Ordnung und Einsicht der Akten, in denen die Arbeit der Paladine des alten Kaisers niedergelegt ist. Darüber hinaus aber erheischt der Gedanke eines Reichsarchivs noch besondere Bedeutung: das alte Deutsche Reich hat sich trotz einer fast tausendjährigen Geschichte nie dauernd ein selbständiges Archiv schaffen können.

Die deutschen Könige des früheren Mittelalters führten zumeist ein Wanderleben. Mit ihnen zog Kanzlei und Registratur von Bischofsitz zu Bischofsitz,